



AUF EIN WORT

Das Arbeitsgericht Berlin entschied am 1. April 2009 (und das ist kein Aprilscherz), dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen – kurz CGZP – tarifunfähig ist. 280.000 Beschäftigte könnten damit Anspruch auf mehr Lohn haben.

Die CGZP ist schon länger für ihre Dumping-Tarifverträge bekannt. Noch dazu lässt sie sich gleich von den Arbeitgebern bewerben. So wurde laut ARD-Magazin „Report“ einer Arbeitnehmerin neben dem Arbeitsvertrag gleich eine Beitrittserklärung zur CGZP mit Abführung des Mitgliedsbeitrages durch den Arbeitgeber(!) vorgelegt.

Das Urteil ist gut und richtig so – ich freue mich über die Entscheidung. Es ersetzt aber nicht den alltäglichen Kampf in Betrieben und Tarifkommissionen gegen Lohndrückerei und Dumping. Viel wichtiger ist es, über einen gesetzlichen Mindestlohn eine feste Untergrenze zu ziehen und durch starke Gewerkschaften gute Tarifverträge zu erkämpfen.

Ihr

SCHWERPUNKT: Klaus Ernst führt bayrische LINKE in den Bundestagswahlkampf

127 Delegierte kamen am 29. März im Münchner DGB-Haus zusammen, um die bayerische Landesliste der LINKEN zur Bundestagswahl 2009 aufzustellen. Klaus Ernst führt die Landesliste auf Platz 1 erneut an.

Auf Platz 2 folgt Landesprecherin Eva Bulling-Schröter. Platz 3 wurde von Kornelia Möller errungen. Die ersten drei Listenplätze werden damit von den bisherigen bayerischen Abgeordneten der LINKEN im Bundestag besetzt. Harald Weinberg und Nicole Gohlke komplettieren das Spitzenquintett.

Vier turbulente Jahre sind seit den vorgezogenen Wahlen von 2005 vergangen. WASG und Linkspartei waren angetreten, eine starke linke Partei zu gründen. In München konnte die Partei eine stolze Bilanz ziehen: DIE LINKE wirkt. Sie ist die drittgrößte deutsche Partei. Sie ist auch in Bayern zu einem politischen Faktor geworden. Vier Jahre hat DIE LINKE die soziale Gerechtigkeit auf die Tagesordnung gesetzt und das Land verändert.

Klaus Ernst betonte in seiner Rede die Herausforderungen, die heute vor der LINKEN liegen. Die größte Wirtschaftskrise seit 1929 erschütterte die Welt. Mil-

lionen drohe Arbeitslosigkeit, Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung. Nach der Wahl müsse

mit Sozialabbau in ungekanntem Ausmaß gerechnet werden, so Ernst. Es gebe nur eine Kraft, die die soziale Verteidigung organisieren könne. Das sei DIE LINKE. „Nie waren wir nötiger als jetzt.“, rief Ernst den Delegierten zu. Man brauche Entschlossenheit und müsse das Einende über das Trennende stellen.

Ernst schloss mit einem kämpferischen Appell an die Delegierten: „Vor vier Jahren wurde uns gesagt, dass es keine Alternative zur Agenda 2010 gebe. Heute wissen wir, dass das nicht stimmt. Wir, so wie wir uns hier versammeln, wir sind die Alternative. Gemeinsam haben wir für die Interessen der Menschen gestritten und viel erreicht. Wir werden auch künftig die Stimme der Mehrheit im Bundestag sein. Wir werden nach sozialen Antworten auf die Krise suchen. Wir werden all denen Paroli bieten,



die die Folgen der Krise auf die Menschen abwälzen wollen. Wir werden dafür streiten, dass die Profiteure zur Kasse gebeten werden. Die anderen spannen Schutzschirme für Banken. Wir sind der Schutzschirm für die Bevölkerung.“

DIE LINKE will in Bayern „5 Prozent plus X“ erreichen. Klaus Ernst hofft auf sechs bayerische Abgeordnetenmandate für DIE LINKE, wie er vor Journalisten erklärte. Eva Bulling-Schröter kündigte einen harten Wahlkampf an und rief die Partei zur Geschlossenheit auf. ◀

IN DIESER AUSGABE

SCHAEFFLER/CONTI

MANAGERGEHÄLTER

POLITISCHER ÄSCHERMITWOCHE
IN SCHWEINFURT

STARTSCHUSS FÜR HOMEPAGE

SCHWEINFURT: „SPD sitzt der Merkel im Hintern“ - Klaus Ernst beim politischen Aschermittwoch

Klaus Ernst unterstützt den Arbeitszeitappell

Arbeiten bis zum Umfallen – diese Marschrichtung geben Arbeitgeber und Regierung vor. Ob der Druck auf Tarifverträge und eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit oder die Rente mit 67 – eine Arbeitszeitverkürzung muss auf die Tagesordnung. Dieser Forderungen unterstützt Klaus Ernst mit dem Arbeitszeitappell. Online unter-schreiben unter:

www.arbeitszeitappell.de

Klaus Ernst ist Direktkandidat in Schweinfurt

Bei der Aufstellungsver-sammlung am 12. März 2009 wurde Klaus Ernst mit knapp 93 Prozent erneut zum Direktkandidaten der LINKEN im Wahlkreis 250 Schweinfurt-Kitzingen ge-wählt. Mit 6,4 Prozent holte Ernst bereits bei den Bun-destagswahlen 2005 ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis. „Erfolgreiche Ar-beit, die von den Menschen anerkannt wird, beweist sich zu allererst da, wo man herkommt. In Schweinfurt ist DIE LINKE ein fester Be-standteil des politischen Le-bens.“ so Ernst.

LINKE fordert Änderung der Insolvenzordnung

Die Fälle, in denen verspätete Lohnzahlungen an Be-schäftigte nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitge-bers vom Insolvenzverwalter angefochten wurden, häufen sich insbesondere in Fran-ken. Für die Betroffenen ist das nicht hinnehmbar: nicht nur, dass der Lohn zu spät gezahlt wurde, nach Eröff-nung der Insolvenz wird er auch noch zurückgefordert. Auf Basis einer kleinen An-frage (Drs. 16/11928) for-dern Klaus Ernst und die

Nach guter Tradition fan-den sich am 27.02.2009 rund 120 Gäste zum poli-tischen Aschermittwoch in Schweinfurt ein. Die Veranstaltung im Ver-einsheim des TV Obern-dorf war damit sehr gut besucht.

Angesichts der jüngsten politischen und wirtschaft-lichen Ereignisse waren alle Anwesenden an Politik und Humor interessiert. Beides blieb beim stellver-tretenden Vorsitzenden der LINKEN Klaus Ernst auch nicht aus, schließlich war der Abend ein kurzweiliges und fesselndes Erlebnis.

Während die CSU in Schweinfurt lieber ihren poli-tischen Aschermittwoch verlegt, um bei der der Ein-weihefeier des riesigen Einkaufszentrums ECE dabei sein zu können, sich - bei Freibier und einem üppigen

Buffet - im Lichte der Pro-minenz zu sonnen, gingen die Stadt- und Kreis-räte der LINKEN zu ihrem politischen Aschermitt-woch und zeigten Bürger-nähe.

Da scheint die CSU in Passau den Seehofer als „ihren Obama“ anzubeten nachdem sie als neuen Wirtschaftsminister einen „von und zu“ verpflichtet hat, leicht zu unterschei-den von seinem Vorgänger „auf und davon“. Der Gipfel der Heuchelei ist für Klaus Ernst, dass die Schwarzen in Bayern wahlkampfhalber für und in Berlin koalitions-halber gegen die Pendler-pauschale waren.



Sehr bedauerlich auch, dass es den linken Flügel der SPD nicht mehr gibt. Unter der Führung der beiden „Stones“ - Steinmeier und Steinbrück - sitzt die Partei „als kleinerer Junior-partner der Merkel im Hin-tern“ so Ernst. Stattdessen sollen die Sozis lieber mit der LINKEN eine Börsen-umsatzsteuer und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen, fordert Ernst. Ja, und die FDP, die keine Kli-entelpartei mehr sein will, kümmert sich jetzt auch noch um Sozialpolitik. Es bleibt uns aber auch nichts erspart... ◀

PARLAMENT: Managergehälter gesetzlich begrenzen

Abzocke, Unverhältnis-mäßig, Empörung - so re-agieren viele Menschen auf die horrenden Gehäl-ter von Managern, die viel-leicht noch die Finanzkri-se mit verursacht haben.

Mit dem Antrag „Begren-zung der Managervergü-tung fördern“ fordert DIE LINKE die Bundesregierung auf, ihren Einfluss in Unter-nehmen, in denen der Bund Anteile besitzt, zu nutzen, um die Managergehälter auf das 20fache des niedrigs-ten Tariflohns zu begrenzen. Klaus Ernst beklagt in sei-ner Rede am 20. März 2009, „dass es immer erst

eine halbe Katastrophe geben muss, bevor Sie zur Vernunft kommen.“ Die Rede wird hier in Auszügen wiedergegeben.

„Meine Damen und Herren, die Linke hat 2007 einen Gesetzentwurf zur Begren-zung der Managergehälter vorgelegt. Sie haben ihn abgelehnt mit der Begrün-dung, das sei ein Eingriff ins Eigentumsrecht. In dem Antrag, den wir heute hier einbringen, fordern wir, dass wenigstens in den Un-ternehmen, in denen der Bund Eigentümer ist, diese Regelung getroffen wird. Da ist das Eigentumsrecht

nicht berührt. (...) Herr Fun-ke von der Hypo Real Esta-te will einklagen, dass sein Gehalt von vermutlich 1,3 Millionen Euro weiterge-zahlt wird, obwohl er einen Job gemacht hat, der abso-lut daneben war. Da fragt sich der normale Mensch, der seinen Job verliert und dann bei Hartz landet: Was ist eigentlich mit mir? Herr Zumwinkel lässt sich seine Rentenansprüche in Höhe von 20 Millionen Euro aus-zahlen, obwohl er vorbe-straft ist und er seinen Job offensichtlich auch nicht ordentlich gemacht hat.“ ◀

GEWERKSCHAFT: Schaeffler-Conti: Einen Schutzschirm für die Menschen errichten!

Die aktuelle Existenzkrise der Schaeffler-Gruppe ist durch Fehlentscheidungen der Gesellschafter, des Managements und ihrer Banken- und Unternehmensberater selbstverschuldet. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise verschärft nur die Situation, ist aber nicht die Ursache für die Schiefelage des Konzerns.

Die drohende Insolvenz und Zerschlagung würden zu einem enormen Personalabbau und der Schließung von Standorten führen. Deshalb befürworten Klaus Ernst, DIE LINKE und die IG Metall eine Staatsbeteiligung, um das Unternehmen zu retten. „Der Staat muss aber seine Finanzhilfe an Garantien binden, um nicht einen Schutzschirm für Banken und Unternehmen, sondern einen für die Menschen aufzubauen. Der Erhalt der Arbeitsplätze, der Standorte, der Löhne und der betrieblichen Mitbestimmung müssen vorab schriftlich garantiert werden.“ so Ernst.

DIE LINKE und die IG Metall schlagen nun vor, Staatshilfen in Form einer Stiftung zu gewähren. Die Forderungen der Banken werden in Eigenkapital umgewandelt, so dass sie künftig mit maximal 50 Prozent beteiligt sind. Die Bundesrepublik Deutschland und die Länder mit Schaeffler-Standorten (wie Bayern) finanzieren eine Stiftung, die sich mit mindestens 25,1 Prozent am Unternehmen beteiligt. Die Familie Schaeffler bleibt mit einem Minoritätsanteil beteiligt.

Die Vertreter der Stiftung im Aufsichtsrat sollen mehrheitlich durch die Beschäftigten benannt werden. Dadurch entsteht im Aufsichtsrat eine Mehrheit der Arbeitnehmervertreter und eine echte Mitentscheidung. So ist gewährleistet, dass Steuergelder nicht dazu dienen, Fehlentscheidungen von Management und Banken zu vertuschen. Sie sichert kurzfristig Arbeitsplätze und führt langfristig zu einer zukunftsorientierten Unternehmensentwicklung. ◀



Am 18. Februar protestierten 2000 FAG'ler vor dem Werkstor in Schweinfurt. Der größte Teil der Spätschicht von Schaeffler/FAG hatte sich an der Protestaktion zur Arbeitsplatzsicherung beteiligt.

IN EIGENER SACHE: Neustart der Homepage Klaus Ernst

„Der Online-Wahlkampf wird immer wichtiger“ sagt Klaus Ernst.



„Viele junge Menschen informieren sich hauptsächlich im Internet über die Parteien und ihre Vertreter. Da müssen wir präsent und attraktiv sein.“

Einen schnellen Zugriff auf alle Reden, Multimedia-Angebote, Anträge und Informationen erlaubt ab sofort die neu gestaltete Homepage.

Der monatliche Rundbrief **Klaus Ernst** *aktuell* wird über die aktuellen Debatten im Parlament, Aktivitäten in Bayern und Veranstaltungstermine informieren. Er kann über die Homepage per eMail bestellt werden und zum Beispiel bei Veranstaltungen ausgelegt oder bei Aktionen verteilt werden. ◀

www.klaus-ernst-mdb.de

Landesgruppe Bayern der Linksfraktion eine Änderung der Insolvenzordnung, um dem Abhilfe zu schaffen. Diese Auffassung teilt auch der Bundesgerichtshof in einem aktuellen Urteil.

Die Studiengebühren in Bayern abschaffen

Studiengebühren sind sozial und behindern insbesondere Kindern aus Arbeiterhaushalten den Zugang zu höherer Bildung. „Ich selber hätte ohne die Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung auch nicht studieren können. Deswegen gehören die sogenannten Studienbeiträge in Bayern abgeschafft“ kommentiert Ernst. Online unterstützen:

www.studiengebuehren-bayern.de

Erster Entwurf des Bundestagswahlprogramm

Der erste Entwurf des Bundestagswahlprogramms der Partei DIE LINKE ist fertig. Alle Mitglieder, Sympathisanten, Kreisverbände und Parteigliederungen sind aufgefordert, sich an der Diskussion um den ersten Entwurf zu beteiligen und dem Parteivorstand Rückmeldungen zukommen zu lassen. Nähere Informationen:

www.die-linke.de

Kurzarbeit ist gefährlich für Hartz IV – Aufstocker

Auf eine schriftliche Frage von Klaus Ernst bestätigt die Bundesregierung, dass Beschäftigte, die aufgrund ihres geringen Einkommens Hartz IV aufstocken müssen, im Falle einer 100prozentigen Kurzarbeit 200 Euro weniger Hartz IV bekommen. Mangels Erwerbsarbeit in der Kurzarbeit will die Bundesregierung den Erwerbstätigenfreibetrag auch gleich mit streichen. „Das Wundermittel Kurzarbeit zeigt hier seine Schwächen“ so Klaus Ernst.



Klaus Ernst vor Ort:

24.-26.04.2009, ab 10:00 Uhr, München

Stand auf der **Seniorenmesse „Die 66“** im M,O,C. Vorstellung und Diskussion von Vorschlägen und Aktivitäten zur Rentenpolitik.

27.04.2009, 18.00 Uhr, Bayreuth

DIE LINKE auf dem argumentativen Prüfstand. Diskussionsveranstaltung im Audimax der Uni Bayreuth. **Zum wirtschaftspolitischen Profil** der Partei diskutieren Gregor Gysi, Klaus Ernst und Herbert Schui.

03.05.2009, 10.00 Uhr, Augsburg

Das **einjährige Bestehen der LINKEN im Augsburger Stadtrat** wird im Rathaus - Oberer Fletz gefeiert. Hauptredner: Klaus Ernst.

06.05.2009, 18.00 Uhr, Leipheim

Schutzschirm für die Menschen – LINKE Alternativen zur Krise. Klaus Ernst diskutiert auf einer Veranstaltung des KV Günzburg / Neu-Ulm.

08.05.2009, 10.00 Uhr, Berlin

Die private Altersvorsorge ist unsolidarisch und unsicher. Auf einer Fachkonferenz der Linksfraktion diskutiert Klaus Ernst **Ursachen, Folgen und Alternativen der Privatisierung der Alterssicherung.**

17.-19.05.2009, Berlin

Besucherfahrt nach Berlin: 50 Bürgerinnen und Bürger aus Südbayern und Schwaben können sich über die Politik der LINKEN informieren und mit Klaus Ernst diskutieren.

19.05.2009, Region Würzburg

Schutzschirm für die Menschen – LINKE Alternativen zur Krise. Klaus Ernst diskutiert auf einer Veranstaltung des KV Würzburg.

08.07.2009, 10.00 Uhr, München

Klaus Ernst spricht auf der **Bayrischen Betriebs- und Personalrätekonferenz 2009** über betriebliche, gesellschaftliche und parlamentarische Wege zur Überwindung der Krise.

NEUES IM INTERNET:

Presse, Reden, Parlamentarisches

Ernst auf Platz 1 der Landesliste. Am 29. März 2009 in München wurde Klaus Ernst als bayrischer Spitzenkandidat für die Bundestagswahl bestätigt. Kandidatur und der 20seitige Rechenschaftsbericht zum **Download.**

Sozialen Absturz von Erwerbslosen vermeiden – Vermögensfreigrenzen in Hartz IV anheben. Damit sich Erwerbslose nicht erst „arm leben“ müssen, fordert Klaus Ernst in seiner **Rede** am 29. Januar 2009 zum **Antrag** der LINKEN, die Vermögensfreigrenzen in Hartz IV zu erhöhen.

Managergehälter begrenzen: die ganze Rede Ernsts vom 20. März 2009 zum **Nachlesen.**

Positionspapier. Allein-erziehende sind deutlich häufiger auf Hartz IV angewiesen und von Erwerbslosigkeit sowie Armut bedroht. Damit es nicht „Allein mit Kind – arm fürs Leben“ heißt, werden die Positionen der Bundestags-

fraktion im **Positionspapier** erläutert.

Staatsgarantien für Sozialversicherungen: nach den Ankündigungen Steinmeiers, keinen weiteren Sozialabbau zu betreiben, fordert Klaus Ernst in einer **Pressemitteilung** Staatsgarantien für Sozialversicherungen.

Rente mit 67 zurücknehmen: Bereits vor der Krise entbehrte die Rente ab 67 jeder arbeitsmarktpolitischen Rationalität. Das wird sich in der Krise weiter verschärfen. **Antrag** der LINKEN und **Rede** von Klaus Ernst am 20. März 2009 können nachgelesen werden.

Sozialstaatskongress der LINKEN: Rund 250 Menschen fanden sich am 20. und 21. März im Bundestag ein, um mit der LINKEN über Auswege und soziale Alternativen zur Krise zu diskutieren. **Photos, Bericht und Reden** der Konferenz

Impressum & Kontakt

ViSdP

Klaus Ernst (MdB)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

eMail

Klaus.Ernst@bundestag.de

Telefon

030 - 22 77 03 67 (Büro Berlin)
09721 - 730 9811 (Büro Schweinfurt)
0151 - 25 12 42 54 (Büro München)

Internet

www.Klaus-Ernst-MdB.de

Klaus Ernst
als-uell

erscheint monatlich und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.